

Bericht zur Herbstsession 2024

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 17.09.2024

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	29.08.2024	Fraktion	5.50
FR	30.08.2024	Fraktion	2.50
MO	02.09.2024	Fraktion	2.50
MO	02.09.2024	Grossrat-Parlament	3.00
DI	03.09.2024	Grossrat-Parlament	5.75
MI	04.09.2024	Grossrat-Parlament	7.75
DO	05.09.2024	Grossrat-Parlament	2.00
MO	09.09.2024	Grossrat-Parlament	3.00
DI	10.09.2024	Grossrat-Parlament	7.75
MI	11.09.2024	Grossrat-Parlament	5.75
DO	12.09.2024	Grossrat-Parlament	4.75
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			50.25

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	8	Anzahl Traktanden Verhandlung	77
Anzahl Anträge, Planungserklärung	75	Total Traktanden (inkl. IP)	114
		Anzahl Vereidigungen	5
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	5	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	12
Anzahl Abstimmungen	228	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	209
Anzahl Freie Debatten	43	Anzahl Reduzierte Debatten	38
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	14
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	22	In die nächste Session verschoben	0

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	44	34	19	12	16	9	7

Total der Sitze: 160 (davon 1 Fraktionslose)

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern

Links

Mitte

Rechts



62 Stimmen

16 Stimmen

12 Stimmen

69 Stimmen+1 Fraktionslose

Fraktionssitzungen

Für die Fraktionssitzung am Donnerstag reisten wir nach Bellelay. Im wunderschönen Gebäude "L'Auberge de Bellelay" konnten wir uns motiviert auf die Sessionsgeschäfte vorbereiten. Bei herrlichem Wetter blieb auch etwas Zeit, um sich untereinander auszutauschen. Die Gegend um Bellelay ist immer eine Reise wert. Ich persönlich bin sogar am darauffolgenden Wochenende noch einmal in diese Region gefahren. Herrlich! An dieser Stelle möchte ich mich bei unseren Fraktionsmitgliedern aus dem Berner Jura für die sehr gute Organisation bedanken. Die weiteren Fraktionssitzungen fanden wie gewohnt in Bern statt.

Änderungen im Parlament

Mit Hans Marti (Die Mitte/Scheunen), Melanie Beutler-Hohenberger (EVP/Gwatt), René Müller (EVP/Adelboden) und Barbara Maurer (EDU/Sumiswald) wurden vier neue Grossräte vereidigt. Im Hinblick auf die Wahlen treten derzeit zahlreiche Grossratsmitglieder zurück. Auf Ende der Herbstsession sind zwei weitere Mitglieder zurückgetreten.

Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und die Beschlüsse sowie das Videoarchiv aller Abstimmungen der vergangenen Sommersession finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/herbstsession-2024/sessionsprogramm.html>

Bemerkungen zu einigen ausgewählten Traktanden

Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern

Hier eine Zusammenfassung der Beschlüsse im Telegrammstil:

- Mit 143 zu 4 Stimmen hat der Rat am ersten Sessionsmontag in erster Lesung eine entsprechende Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte verabschiedet, welche eine neue Formel zur Berechnung der Anzahl Garantiesitze vorsieht. Damit kann die französischsprachige Minderheit im Wahlkreis Biel-Seeland künftig voraussichtlich einen fünften Sitz im bernischen Grossen Rat beanspruchen.
- Der Grosse Rat des Kantons Bern hat sechs Gesetze an den Wechsel von Moutier angepasst. Die Änderungen sind notwendig, weil Verwaltungsaufgaben von Moutier in den Berner Jura bzw. nach Biel verlagert werden. Im Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras wird zudem festgehalten, dass der Kanton Bern die Entwicklung der Region Grand Chasseral weiterhin fördert.
- E-Collecting als Mittel zur Betrugsbekämpfung. Allerdings wurde am Dienstag im Parlament betont, dass der Kanton nicht überstürzt handeln dürfe. Die Verantwortung solle bei der von Bund und Kantonen getragenen Organisation Digitale Verwaltung Schweiz liegen. Zur Debatte stand ein Bericht der Regierung, der auf zwei überwiesene Postulate zum Thema E-Collecting zurückgeht. Neue Brisanz erhielt das Thema durch Medienberichte über Betrugsfälle bei der Unterschriftensammlung für eidgenössische Initiativen. Die digitale Unterschriftensammlung wird als Lösung angesehen, da sie wesentlich schwieriger zu fälschen ist als eine handschriftliche Unterschrift.
- Die bernischen Gemeinden sollen Ausländern und Jugendlichen das Stimm- und Wahlrecht ohne Altersbeschränkung gewähren können. Der Grosse Rat hat eine überparteiliche Motion gutgeheissen. Der Entscheid liegt aber beim Volk. Die Motion wurde am Dienstag mit 77 zu 73 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

- Geld für Naturpärke und Unesco-Weltnaturerbe. Der Kanton Bern unterstützt seine regionalen Naturpärke und das Unesco-Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch auch in den kommenden Jahren. Der Grosse Rat hat am Dienstag einstimmig einen Rahmenkredit von 7,478 Millionen Franken bewilligt.
- Ein Gegenvorschlag zur Solarinitiative wurde mit 107 zu 26 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen. Die Solarinitiative empfiehlt der Rat mit 79 zu 73 Stimmen zur Ablehnung. Die Initianten wollen ihr Begehren nicht zurückziehen, so dass nächstes Jahr das Volk das letzte Wort haben dürfte.
- In erster Lesung wurde das BLS-Gesetz fast einstimmig angenommen und damit der Kurs der Regierung korrigiert. Das verabschiedete Gesetz verlangt, dass sich der Kanton verpflichtet, seine aktienrechtlichen Möglichkeiten als Mehrheitsaktionär auszuschöpfen und seine Ziele zu schärfen.
- Die Änderung des Gesetzes über den Gewässerunterhalt und den Wasserbau gab im Kantonsparlament kaum zu reden. Nach der beschlossenen Änderung beteiligt sich der Kanton neu mit 66 Prozent statt wie bisher mit 33 Prozent an den Kosten des betrieblichen Gewässerunterhalts der Gemeinden.
- Studi-Klinik der Zahnmedizinischen Kliniken kann saniert werden. Den Verpflichtungskredit von 3,31 Millionen Franken für den Umbau der Studierendenklinik der Zahnmedizinischen Kliniken in Bern hat der Rat bewilligt.
- Der Rat genehmigte auch einen Kredit für eine neue Heizung in der Strafanstalt Witzwil. Die neue Heizung kann nur gebaut werden, wenn das Projekt im Rahmen der Investitionspriorisierung des Grossen Rates in der Wintersession nicht gestrichen wird. Zudem soll beim Bau der neuen Heizung geprüft werden, ob diese mit einer Biogasanlage und einer thermischen Solaranlage ergänzt werden kann.
- Der bernische Grosse Rat will dem grossen Gemälde in seinem Saal nicht an den Kragen. Die GLP wollte die Fläche des Bildes umnutzen – aber es bleibt alles beim Alten.
- Ab 2026 müssen Frauen und im Kanton Bern wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer an einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung teilnehmen. Der Grosse Rat hat eine entsprechende Gesetzesrevision verabschiedet, um den Bevölkerungsschutz zu stärken und den Rückgang des Arme- und Zivilschutz-Personals zu bekämpfen. Künftig müssen Frauen und im Kanton Bern wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer im Jahr, in dem sie das 23. Altersjahr vollenden, an einer Informationsveranstaltung teilnehmen.
- Der Kanton Bern darf im Regionalgefängnis Burgdorf keine Container für zusätzliche Häftlinge aufstellen. Eine Allianz aus SP, Grünen, GLP und EVP hat am Mittwoch im bernischen Grossen Rat einen entsprechenden Kredit abgelehnt. Weitere Entscheide folgen. Damit hat er der Regierung eine Niederlage zugefügt. Das Kantonsparlament lehnte den Kredit von 5,57 Millionen Franken mit 77 zu 78 Stimmen knapp ab.
- Die Berner Kantonsregierung soll mehr Verantwortung für die holprige Einführung eines grossen Informatikprojekts bei der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft übernehmen. Das hat der Grosse Rat am Mittwoch gefordert. Er nahm einen Bericht der Sicherheitsdirektion zur Kenntnis, zeigte sich aber noch nicht zufrieden.

- Der Zivilschutz bleibt Sache der Gemeinden, die Ausbildung der Schutzdienstpflichtigen obliegt neu dem Kanton. Der bernische Grosse Rat hat das neue kantonale Zivilschutzgesetz einstimmig verabschiedet. Mit der Revision passt der Kanton sein Bevölkerungsschutzgesetz an die neuen gesetzlichen Bestimmungen des Bundes an. Das neue kantonale Zivilschutzgesetz (KZSG) war im Parlament unbestritten. Der Zivilschutz bleibt Sache der Gemeinden. Diese schliessen sich zu regionalen Zivilschutzorganisationen zusammen und tragen die Verantwortung. Die Ausbildung der Schutzdienstleistenden wird Sache des Kantons.
- Der Kanton Bern unterstützt den Ausbau der Boulder- und Kletterhalle O'Bloc in Ostermundigen mit 1,05 Millionen Franken aus dem Sportfonds. Der Grosse Rat hat den Kredit am Mittwoch einstimmig gutgeheissen.
- Um die Polizei zu entlasten, kann der Kanton Bern die Bewachung von Botschaften und Konsulaten künftig auch einer Sicherheitsfirma übertragen. Der Grosse Rat hat eine entsprechende Vorlage mit 133 zu 18 Stimmen gutgeheissen.
- Die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen muss im Kanton Bern künftig offengelegt werden. Das Kantonsparlament hat am Donnerstag eine entsprechende Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte in erster Lesung mit 89 zu 50 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.
- Mit 103 zu 28 Stimmen bei 18 Enthaltungen wurde der Bericht der Regierung über die Wirkungen des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FILAG) zur Kenntnis genommen. Mit einer Planungserklärung drückte der Rat zudem bei der anstehenden Überprüfung der Zentrumslasten aufs Tempo. Neben Bern, Biel und Thun sollen neu auch Burgdorf und Langenthal eine pauschale Abgeltung ihrer Zentrumslasten erhalten. Der Prozentsatz der Abgeltung kann für Burgdorf und Langenthal jedoch tiefer ausfallen. Dies soll bereits in zwei Jahren der Fall sein. Nein-Stimmen und Enthaltungen kamen aus dem Lager der Ratslinken, die verschiedene Planungserklärungen als Strafaktion gegen die unliebsame rot-grüne Stadt Bern interpretierten.
- Der Rat beschloss einstimmig wiederkehrende Beiträge an die Erhaltung und den Unterhalt bedeutender Baudenkmäler sowie einen Rahmenkredit für deren Instandsetzung aus dem Lotteriefonds für die Jahre 2025 bis 2028.

Mit 129 zu 0 Stimmen bei 17 Enthaltungen aus den Reihen der Grünen Fraktion hat der Grosse Rat eine Teilrevision des Nationalfondsgesetzes gutgeheissen. Die Vorlage ist bereits nach einer Lesung bereinigt. Mit der Teilrevision wird klargestellt, dass die im Fonds verbleibenden Mittel ausschliesslich zur Finanzierung des anstehenden zusätzlichen Investitionsbedarfs verwendet werden. Dieser politische Wille des Grossen Rates kam nach Ansicht der Finanzkontrolle im bisherigen Gesetzestext zu wenig zum Ausdruck. Der Fonds wird derzeit schrittweise aufgelöst; er enthält Mittel aus Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB).

Fazit der Session

Es ist festzuhalten, dass mit fünf Stichentscheiden der Grossratspräsidentin, die dann alle nicht auf die bürgerliche Seite fielen, die Mehrheiten tatsächlich nicht mehr klar gegeben sind. Es kommt auf jede Stimme an. Viele Entscheide konnten von SP/JUSO/Grüne dank den geschlossenen Stimmen der GLP gewonnen werden. Die GLP zeigt immer mehr, dass von "liberal" nicht mehr viel zu spüren ist.

In der Wintersession stehen nun das Budget und der Finanzplan auf der Traktandenliste. Ich möchte schon jetzt auf interessante Berichte hinweisen:

- Budget 2025 sowie Finanzplan:
<https://www.gr.be.ch/de/start/geschaefte/geschaeftssuche/geschaeftdetail.html?guid=9fd15a58aa494c9281e53916f47704db>
- Priorisierung der Investitionen:
<https://www.gr.be.ch/de/start/geschaefte/geschaeftssuche/geschaeftdetail.html?guid=91db9d9963804406ae8bdcdec74382ee>
- Benchmark mit anderen Kantonen (Bericht): <https://www.rrgr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/b1926709d75b4526b686f3d7cfbed28a-332/2/2023.FINGS.259-Beilage-DF-291662.pdf>

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre der Zahlen und Berichte. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und stehe Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Carlos Reinhard, Thun